

## Gemeinden stehen unter Stromschock

Die Tiroler Gemeinden und ihre kommunalen Betriebe müssen 2023 um 51 Millionen Euro mehr an Stromkosten berappen.

Innsbruck – Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf nimmt den kürzlich abgeschlossenen Stromtarif mit dem Landesenergieversorger Tiwag für die „hoheitlichen“ Gemeindegeldnehmer und ihre Unternehmenstöchter sowie Wirtschaftsbetriebe schlicht zur Kenntnis. Freude hat er damit keine, zumindest konnte der Vertrag aber auf ein Jahr begrenzt werden. Üblicherweise wurden die Leistungsvereinbarungen auf drei Jahre abgeschlossen. Der Tarif für zwölf Monate ist zwar höher, zugleich verschafft er dem Gemeindeverband mehr Flexibilität. Denn die Hoffnung, dass der Strompreis sinkt, lebt. Und damit auf einen günstigeren Abschluss für 2024.

Es handelt sich um einen kommunalen Verbrauch von rund 100 Gigawattstunden pro Jahr. In der Vergangenheit führte der gemeinsame „Strom-Einkauf“ über die GemNova zu Ersparnissen in Millionenhöhe, weil sie als „großer Kunde“ einen guten Preis erzielen konnte. Das dreht sich nun ins Gegenteil, weil die „kleineren Kunden“ ja bis Juni 2023 abgesichert sind.

„Am Beginn der Verhandlungen waren wir mit einer Erhöhung des Strompreises um das 11-Fache konfrontiert, schlussendlich zahlen wir im nächsten Jahr viermal so viel“, sagt Schöpf. Das sind um 51 Millionen Euro mehr und insgesamt 68 Millionen Euro. Für den Gemeindeverbandspräsidenten ist jedoch klar, dass die Gemeinden aufgrund der höheren Tarife einen Anteil aus der angekündigten Sonderdividende der Tiwag von 40 Millionen Euro erhalten müssen.

Im Hintergrund wurde in den vergangenen Wochen intensiv zwischen GemNova (Gemeindeverband) und der Tiwag verhandelt. Das Land Tirol hatte natürlich großes Interesse daran, dass die Energieversorgung der Kommunen abgesichert ist. Landeshauptmann und Gemeindefürer Toni Mattle (VP) musste als Eigentümervertreter der Tiwag und Noch-Aufsichtsratsvorsitzender allerdings entsprechend vorsichtig trappen.

Trotzdem: Im Energiebereich steht Mattle im engen Austausch mit Ernst Schöpf. Ein erster Erfolg konnte in der Vorwoche mit dem Beschluss der Finanzreferentenkonferenz der Länder für kommunale Betriebe erzielt werden. Schließlich fordern die Länder, die gleichheitswidrigen Regelungen in Bezug auf öffentliche Unternehmen beim Energiekostenzuschuss ersatzlos aufzuheben. Was die Energiefrage in den Gemeinden betrifft, will Landeshauptmann Mattle demnächst mit Finanzminister Magnus Brunner Gespräche führen. Der Gemeindeverband hat seine Positionen bereits deponiert.